

## Randnotiz

■ „Afghanische Frau durch Taliban zu Tode gesteinigt (Hamb. Abendblatt 04.11.2015) ■ Beim Sturm auf den Flughafen von Kandahar haben Taliban Anfang Dezember 50 Menschen getötet. ■ US-Streitkräfte und Bundeswehr verlängern ihren Einsatz in Afghanistan, weil das Land nicht sicher ist. ■ Die Bundesregierung möchte gerne Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern möglichst schnell abschieben. Dazu Bundesminister de Maiziere: Es sind große Summen von Entwicklungshilfe nach Afghanistan geflossen.....„Da kann man erwarten, dass die Afghanen in ihrem Land bleiben.“ (28.10.2015) Zynischer geht es kaum noch. Vielleicht sollte er sich selbst einmal für ein paar Monate im „sicheren Herkunftsland“ Afghanistan aufhalten? Ohne schussichere Weste und Bodyguards versteht sich.

**Jeder  
Bürger  
zahlt  
1.800,-  
Euro**

**M**it großem Pomp und Bon Jovi als Stargast feierten erlauchte Gäste im Jahr 2003 die Gründung der HSH Nordbank. Das war der Beginn des größten Finanzdebakels für Hamburg und Schleswig-Holstein. Weltweit wurde – unter den Augen der verantwortlichen Politiker von SPD, CDU, FDP und Grünen – Geld investiert. Risiken wurden außer Acht gelassen. Am Ende blieb ein Scherbenhaufen.

Jetzt haben die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg unlängst Maßnahmen beschlossen, die den „günstigsten“ Ausweg aus dem Desaster darstellen sollen. Dazu gehören Kreditemächtigungen für sagenhafte 16,2 Milliarden Euro. Die Länder sollen der Bank für bis zu 6,2 Milliarden Euro „schlechte“ Kredite abkaufen; also Kredite, die so gut wie nichts wert sind, weil unklar ist, ob sie jemals von den Schuldnern zurückgezahlt werden.

Dabei haben die Abgeordneten der Landesparlamente Dinge verabschiedet, von denen sie nicht einmal genau wissen, welche Auswirkungen diese letztendlich haben werden. Klar ist nur eines: private Anteilseigner und Geldgeber der Bank sollen geschont werden. Die Kosten tragen – wieder einmal – die Steuerzahler. Und diese Kosten sind sehr hoch! Mindestens 5 Milliarden Euro werden allein durch Schleswig-Holstein aufzubringen sein. Das sind rund 1.800,00 Euro pro Bürger. Für die Stadt Barmstedt bedeutet dieses überschlägig berechnet ca.18 Millionen Euro. Mit diesem Geld wäre der hochdefizitäre Haushalt der Stadt mehrfach saniert.

Und das Partner-Bundesland Hamburg hätte mit ihrem Anteil von ebenfalls 5 Milliarden die Olympiade (fast) alleine, also ohne Bundesmittel, durchführen können.

## Stadtvertretung beschließt gegen BALL-Fraktion

# Strom 3 Prozent teurer

**D**ie Stadtvertretung beschloss mit den Stimmen von SPD, CDU, FWB und GRÜNEN die Erhöhung der Strompreise um durchschnittlich rd. 3 % ab 1.2.2016. Die BALL-Fraktion lehnte es ab die Bevölkerung erneut zur Kasse zu bitten und stimmte gegen die Strompreiserhöhung. Die jetzige Preissteigerung wurde begründet durch die Erhöhung von Abgaben (u. a. EEG-Abgabe), die auf den Strompreis zu zahlen sind. Diese vom Bund den Stadtwerken aufgedruckte Abgabenerhöhung wurde an die Stromkunden weiter gegeben. Die BALL-Fraktion kritisierte, dass der Bevölkerung von der Bundesregierung diese Strompreiserhöhung aufgedrückt wurde. „Hier ist in der Stadtvertretung faktisch gar nichts zu entscheiden. Entweder die Abgabenerhöhung wird über



die Strompreise den Bürgerinnen und Bürgern aufgedrückt oder – wenn die Stadtwerke die Abgabenerhöhung auffangen – die Zuführung der Stadtwerke an den städtischen Haushalt sinkt mit der Folge, dass die Bevölkerung auf anderem

Wege zur Kasse gebeten wird. Wenn hier schon nichts von der Sache zu entscheiden ist, zeigen wir zumindest mit unseren Gegenstimmen, dass wir gegen die weitere Belastung der Bürgerinnen und Bürger, vor allem der einkommensschwächeren

Haushalte sind“, so BALL-Fraktionssprecher Dr. Günter Thiel. Die BALL-Fraktion verwies ferner darauf, dass die Bundesregierung unter Federführung von SPD-Wirtschaftsminister Gabriel erst jüngst die sogenannte „Braunkohlenreserve“

beschlossen hat. Diese sieht vor, dass die Energiekonzerne RWE, Vattenfall und Mibrag mit mindestens 1.6 Mrd. Euro, nach WDR-Recherchen eher mit bis zu 3.6 Mrd. Euro beschenkt werden sollen. Dafür, dass sie acht Braunkohlekraftwerke vier Jahre lang in „Sicherheitsbereitschaft“ überführen, also dafür, dass sie nicht laufen. Fünf dieser Kraftwerke sollten sowieso stillgelegt werden. Der WDR berichtet Bezeichnendes am Rande: Die drei Stromkonzerne waren direkt an der Erarbeitung des Gesetzentwurfes beteiligt, von dem sie in Milliardenhöhe profitieren. „Es gehört nicht viel Phantasie dazu sich vorzustellen, dass diese Milliarden statt zur Beglückung der Energiekonzerne auch zur Senkung der Stromumlagen und damit zur Entlastung der Endverbraucher verwendet werden könnten. Aber das war von der konzernnahen CDU/CSU/SPD-Regierung nicht zu erwarten“, so der BALL-Fraktionssprecher.

## CDU/CSU/SPD beschließen

# Erneut in den Krieg

**A**nfang Dezember beschloss der Bundestag einen weiteren völkerrechtswidrigen Kriegseinsatz für die Bundeswehr. Die 445 Ja-Stimmen kamen fast ausschließlich von der Großen Koalition, allerdings sagten auch zwei Abgeordnete der CDU/CSU und 28 der SPD nein. 145 Abgeordnete stimmten dagegen. Die Linke stimmte geschlossen mit Nein. Die Grünen lehnten bei drei Ja-Stimmen und drei Enthaltungen ebenfalls mit großer Mehrheit ab.

Keine drei Wochen lagen zwischen den Terroranschlägen von Paris und der als angebliche Reaktion darauf erfolgten Entscheidung, sich mit 1.200 Bundeswehrsoldaten am Krieg „gegen den IS“ zu beteiligen.

Die Luftangriffe Frankreichs und anderer Staaten der US-geführten Anti-IS-Koalition will die Bundeswehr mit Aufklärungsflügen unterstützen, die Aufklärungsdaten sollen dann für Bombenangriffe genutzt werden. Zudem will sie bei der Luftbetankung von Kampffjets behilflich sein und zum „Schutz“ eines französischen Flugzeugträ-

gers eine Fregatte entsenden. Vor allem erhoffen sich deutsche Führungskreise in den Führungsstab der Anti-IS-Koalition aufzusteigen und somit endlich „Gestaltungsmacht im Nahen und Mittleren Osten“ zu werden.

Selten wurde eine mit so unvorhersehbaren Konsequenzen verbundene Entscheidung so schnell durch die entsprechenden Gremien gedrückt. Dem Einsatz liegt kein schlüssiges Strategiekonzept zugrunde, es fehlt ein realistischer zeitlicher Rahmen, und er hat keine Rechtsgrundlage.

Anders als die Regierungskoalition hält sich der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, André Wüstner, mit klaren Aussagen nicht zurück. „Ich gehe davon aus, dass dieser Kampf weit über zehn Jahre andauern wird und sich geografisch nicht eingrenzen lässt“, sagte er im ARD-Morgenmagazin. Es handele sich „ganz klar“ um „Krieg“, kennzeichnete er den Einsatz mit einem Begriff, den Vertreter der Bundesregierung zu vermeiden trachten. Sie betonen lieber die

Solidarität mit Frankreich – das hat einen wohlteren Klang als zu sagen ‚Deutschland zieht erneut in einen Krieg‘.

„Die rechtliche Grundlage für den Bundeswehreininsatz ist durch kein UN-Mandat gedeckt. Berlin könne den Artikel 51 der UN-Charta nicht für sich in Anspruch nehmen“, sagt u. a. Gregor Schirmer, Professor für Völkerrecht. Dieser gelte nur „im Falle eines bewaffneten Angriffs“, und als solcher galt bisher, „wenn ein Staat gegen einen anderen als erster militärische Gewalt ausübt“, so der Professor. „Der IS ist kein Staat im Sinne des Völkerrechts, sondern eine Verbrecherbande.“

Der Einsatz der Bundeswehr in Syrien verstößt gegen „das Gewaltverbot des Artikels 2, Ziffer 4 der UN-Charta“. Völkerrechtlich wäre er nur mit der „ausdrücklichen Genehmigung“ der syrischen Regierung – wie im Falle des russischen Einsatzes – möglich.

Die Terrormiliz (IS) wäre längst zu schwächen gewesen, wenn Länder wie die USA, die Türkei, Saudi-Arabien oder Katar

wirklich gewollt hätten sie von Finanzen, neuen Waffenlieferungen und auch Nachschub an neuen Kämpfern abzuschneiden. Die französischen Rüstungskonzerne haben in den letzten Jahren noch mehr Waffen als die deutschen Rüstungskonzerne an Golf-Regimes wie Saudi-Arabien oder Katar geliefert, und von

cherin des Bundesausschusses Friedensratschlag. Anstatt noch mehr zu bomben, ist es sinnvoller Verhandlungslösungen mit allen Konfliktbeteiligten zu unterstützen. Die Gelder für Krieg und Waffen werden für die Versorgung von Flüchtlingen, den Bau von Wohnungen, Schulen und Krankenhäusern benötigt.



dort aus wurden die Terrormilitzen gut versorgt. „Statt drei Milliarden Euro an die Türkei zu zahlen, müsse die Bundesregierung politisch Druck auf die Türkei ausüben, um den Handel mit dem IS – insbesondere von Öl und Gas – zu stoppen und den Zustrom von Kämpfern und den Golfdiktaturen in das Gebiet des IS zu kappen“, erklärte die Spre-

Es drohen noch größere Gefahren: Wie der provokative und offenbar geplante Abschuss eines russischen Bombers durch die Türkei zeigte, sind angesichts der Durchsetzung des Luftraums mit Bombern aus diversen Ländern jederzeit weitere Zwischenfälle möglich, die durchaus eine noch viel größere Kriegsgefahr mit sich bringen.

# BALL: Strom-Sozialtarif erhöhen

Seit dem Jahre 2009 gibt es bei den Barmstedter Stadtwerken den Strom-Sozialtarif. Dieser ging seinerzeit auf eine Initiative der BALL zurück und unterstützt gezielt Personen und Familien, die von Arbeitslosengeld II („Hartz 4“), Grundrente oder Sozialhilfe leben, da diese von den viel zu niedrigen Hartz-4-Regelsätzen auch noch den Strom begleichen müssen. Beim Strom-Sozialtarif der Stadtwerke gibt es eine Befreiung von der Grundgebühr, ferner werden pro Haushaltsmitglied 250 kWh kostenloser Strom pro Jahr geboten. Rund 188 Barmstedter „Bedarfgemeinschaften“ mit 332 Personen nutzten 2015 den Strom-Sozialtarif. Etwa nahezu doppelt so viele hätten Anspruch darauf. (Hinweis: Den Berechtigungsschein für den Sozial-Tarif gibt es im Sozialamt der Stadt Barmstedt.)

Da seit 2009 die Strompreise um gut 20 % gestiegen sind, beantragte die BALL-Fraktion zum Ausgleich in der Dezember-Sitzung der Stadtvertretung eine



Erhöhung der Strom-Freimenge auf 300 kWh pro Person und Jahr. Die vorweihnachtliche Nächstenliebe und die Bereitschaft zur etwas besseren Unterstützung mehrerer Hundert Menschen, die

in unserer Stadt in Armut leben, waren bei CDU, SPD, FWB und GRÜNEN sehr gering: Mit voller Härte und geschlossen lehnten sie den Antrag der BALL ab. Also

wird es weiter gehen, und der BALL-Antrag wird wieder auf die Tagesordnung kommen.

Die Initiative der BALL reiht sich ein in die bundesweiten Bewegungen zur Armutsbekämpfung.

Rund 350.000 Haushalten mit rund einer Million Menschen wurde 2014 von den Versorgungsunternehmen der Strom gesperrt, da sie von ihren niedrigen Einkommen, ihrer geringen Rente oder dem zu geringen Hartz-4-Satz die gestiegenen Stromkosten nicht zahlen konnten. Zudem: Für stromsparende neue Haushaltsgeräte fehlt das Geld. Die BALL unterstützt die Initiative der LINKEN im Bundestag: Stromsperrungen sind per Gesetz zu verbieten. Zum menschenwürdigen Leben gehört eine Grundversorgung mit Strom. Weitere Forderungen der LINKEN: Sofortige Aufstockung des Hartz-4-Regelsatzes auf 500,- im Monat, und die Stromkosten müssen wie die Heizkosten zusätzlich übernommen werden. Die Sanktionspraxis der Job-Center gegen Arbeitslose und vor allem gegen junge Arbeitslose ist sofort zu beenden.

# Sechs neue Stolpersteine in Barmstedt

Zum Gedenken an die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und deren Kinder, die den „Reichseinsatz“ nicht überlebt haben, hat der Künstler Gunter Demnig Anfang Dezember 6 Stolpersteine in Barmstedt verlegt.

An der Austraße vor dem Gelände der ehemaligen Wachsfabrik Schlickum erinnern jetzt vier Stolpersteine an die Familie Dedoscha aus der Sowjetunion. Dunja und Peter Dedoscha gehörten zu den zehn Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, die in der Wachsfabrik zur Arbeit gezwungen wurden. Ihre zwei Kinder Iwan und Valentina haben nicht überlebt. Iwan durfte nur zwei Jahre alt werden. Er starb im Dezember 1943. Seine Schwester Valentina wurde nur drei Jahre alt und starb im Januar 1944.

Zwei Stolpersteine wurden an der Mühlenstraße verlegt. Dort war die Polin Franziska Plasczyk mit ihrem Sohn Adam untergebracht. Die AG Stolpersteine vermutet, dass Franziska zu den 104 polnischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern gehörte, die in der Konservendosenfabrik Zeigmeister (später Züchner) arbeiten mussten. Ihr Sohn wurde ein dreijähriges Kind und starb 1945.

Aula der Gemeinschaftsschule stattfand, nahm auch die Bürgermeisterin Frau Heike Döpke mit einem Grußwort teil. Neben Wortbeiträgen zur Zwangsarbeit beteiligten sich außerdem der Schülerchor mit Band, und die 10. Klassen hatten für die Pause ein Catering organisiert. Die Einnahmen sammelten die Schüler für einen Grabstein, der mit weiteren Steinen im nächsten Jahr auf dem Gräberfeld der Zwangsarbeiter auf dem Barmstedter Friedhof verlegt werden soll.

In der Vorbereitung der Stolpersteinverlegungen hat die AG Stolpersteine eine achtseitige Handreichung über Zwangsarbeit in Barmstedt 1940 bis 1945 erstellt und den Schulen als Informationsmaterial übergeben. Dort heißt es im Einleitungstext: „Während des Zweiten Weltkriegs wurden im Deutschen Reich auf nahezu jeder Baustelle und jedem Bauernhof, in jedem Industriebetrieb, aber auch in zahlreichen Privathaushalten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter eingesetzt und ausgebeutet. Männer, Frauen und sogar Kinder: Im Herbst 1944 wurden ca. 10 Millionen Ausländer in Deutschland zur Arbeit gezwungen – damals über 30 Prozent der arbeitenden Bevölkerung.“



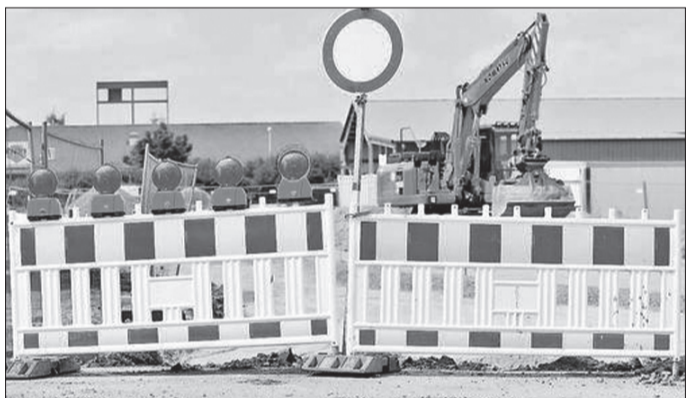
Die AG Stolpersteine für Barmstedt hat die Verlegungen in Kooperation mit den 10. Klassen der Gemeinschaftsschule und den Oberstufenschülern des Carl-Friedrich-von-Weizsäcker-Gymnasiums durchgeführt. So haben auch an den Verlegungen in der Austraße Schüler des Gymnasiums und in der Mühlenstraße Schüler der Gemeinschaftsschule teilgenommen. Um 12:30 Uhr fand auf Einladung des Gymnasiums eine Veranstaltung mit dem Künstler Gunter Demnig statt. Er berichtete über die Entstehungsgeschichte der Stolpersteine und beantwortete in der anschließenden Diskussion die Fragen der Schüler. An der Abendveranstaltung, die um 19:00 Uhr in der

Sie kamen aus allen von der deutschen Wehrmacht eroberten und besetzten Ländern. Fritz Sauckel, der Generalbevollmächtigte für den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte im Reich, erklärte auf einer Konferenz der Zentralen Planung zur Arbeitsbeschaffung im März 1944: „Von den Millionen ausländischen Arbeitskräften, die nach Deutschland gekommen sind, sind keine 200.000 freiwillig gekommen.“

Jeder sah sie arbeiten und leiden, doch nach dem Krieg wollte niemand von ihnen gewusst haben. Die meisten von ihnen, die den „Reichseinsatz“ überlebt haben, warteten und warten noch vergebens auf eine Entschädigung.“

## FWB/CDU/SPD wollen Strassenausbaubeiträge erhöhen:

# Anlieger sollen noch mehr zahlen



Jetzt sollen die Grundstückseigentümer bei der Straßenerneuerung noch mehr zur Kasse gebeten werden: CDU, FWB und SPD erklärten auf

der Dezember-Stadtvertreterversammlung, dass sie die Anliegerbeiträge bei der Erneuerung von „Anliegerstraßen“ von 75 % auf 85 %, bei „Haupterschließungs-

straßen“ von 50 % auf 55 % und bei „Hauptverkehrsstraßen“ von 25 % auf 35 % erhöhen wollen. Hätten diese Sätze schon gegolten, hätten beispielsweise die Anlieger der Norderstraße und am Nappenhorn rund 21.000,- Euro mehr zahlen müssen. BALL-Stadtvertreter Helmut Welk kritisierte grundsätzlich das Erheben von Anliegergebühren. „Die Bürgerinnen und Bürger zahlen u. a. Mineralölsteuer, KFZ-Steuer und Grundsteuer. Der Straßenbau ist wie die Unterhaltung aus dem Steueraufkommen zu tragen. Wir sind dagegen, dass die Anlieger mit jeweils etlichen Tausend

Euro zusätzlich herangezogen werden. Das ist im Übrigen auch die Position des ADAC und zudem wird dies in verschiedenen Bundesländern und Kommunen sehr unterschiedlich gehandhabt. Auf keinen Fall dürfen die Anliegergebühren noch weiter erhöht werden.“

Die Beratung wird jetzt im Bauausschuss fortgesetzt, weil noch ein Weg gefunden werden soll, um die Anlieger bei den schon geplanten Straßenausbauten zu verschonen, was eigentlich selbstverständlich sein sollte.

# Brandanschläge in Deutschland

Noch im September sagte Kanzlerin Merkel: „Mit der ganzen Härte des Rechtsstaats“ werde der Staat gegen Menschen vorgehen, die Flüchtlinge angreifen. Von dieser „Härte“ ist bis heute leider nichts zu spüren. Im Gegenteil: Der Staat lässt rassistische und neonazistische Gewalttäter gewähren.

Am 9. Dezember berichtete das Bundeskriminalamt (BKA), dass sich die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsheime in diesem Jahr vervierfacht hat. Bis dahin wurden 817 Fälle registriert, von denen mindestens 733 Attacken von rassistischen und rechtradikalen Tätern begangen wurden. Im gesamten Jahr 2014 waren es laut BKA 199 Straftaten.

Mehr als 220 rechtsterroristische Taten waren darunter, bei denen die Täter Verletzte oder gar Tote in Kauf genommen



haben. Dazu gehören 93 Brandstiftungen und 28 Angriffe auf Personen mit Waffen. Die „Zeit“ hat dazu ermittelt, dass bisher lediglich vier Täter verurteilt und gegen zwölf weitere Anklagen erhoben wurden. Weiterhin: Mehr als 500 Anschläge und Überfälle wurden überwiegend in den östlichen Bundesländern

von Neonazis auf gewählte Abgeordnete vor allem der Linkspartei, der SPD, der GRÜNEN, aber auch der CDU ausgeübt. Zu den Opfern gehören auch engagierte Flüchtlingshelfer. Auch hier werden die Täter im Regelfall nicht ermittelt.

Nach Meinung der Ermittlungsbehörden sei es besonders

schwer die Täter zu fassen. Es fehle angeblich an Beamten wie z.B. an Sachverständigen für Brandermittlungen. Sicher ist es schwerer, „bisher unbescholtene“ Bürger zu fassen, die nicht in rechtsextremen Gruppen organisiert sind. Aber wenn dem so ist, dann müssen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die zuständigen Behörden in die Lage zu versetzen „mit der ganzen Härte“ vorgehen zu können.

Aber nicht nur polizeiliche Ermittlungen sind vonnöten. Jede und jeder demokratisch Gesinnte ist aufgefordert dem menschenverachtenden Treiben entgegen zu treten.

Vor wenigen Tagen erst wurde gemeldet, dass Achtklässler in einer Schule in Sachsen Flüchtlingskinder angegriffen und u. a. ein Mädchen schwer verletzt haben. Heranwachsen-

de, die sich heute zu solchen Taten hinreißen lassen, sind die potentiellen Brandstifter von morgen. Wie wird wohl in deren Elternhäusern über Flüchtlinge geredet? Hier zeigt sich, wie notwendig es ist zu jeder Zeit abfällige Reden über Flüchtlinge

nicht zu akzeptieren. Übrigens: Wie groß wäre wohl der Einsatz der Staatsanwaltschaften und der Polizei, wenn „bisher Unbescholtene“ nicht Flüchtlingsunterkünfte sondern Banken in Brand stecken und Konzernmanager angreifen würden?